Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Unverlangte eingesandte Manuscripte werden nur in Redaction nicht retournirt.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 298. Freitag den 24. October 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die städtische Einkommensteuer betreffend.

Der **zweite** Termin der städtischen Einkommensteuer ist am 15. October dieses Jahres

mit dem dreieinhalbfachen Betrage des einfachen Steuersatzes fällig.

Die Beitragspflichtigen werden deshalb aufgefordert, ihre Steuerbeträge spätestens binnen drei Wochen, von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuereinnahme, **Stadthaus, Obstmarkt Nr. 3, parterre links,** bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen eintretenden gesetzlichen Maßnahmen abzuführen.

Leipzig, den 13. October 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Roch.

Auctions-Bekanntmachung.
Montag, den 27. dieses Monats, Vormittags 9 Uhr,

sollen im **Stadthause** (Eingang Mühlgasse Nr. 7) allhier:
1 Schreibsecretair, 1 Kleidersecretaire, 1 Wäschesecretair, 3 Waschtische, 2 Küchenschränke, 2 Spiegel, 2 Tische, 1 Commode, 1 Wand- und mehrere Taschen-Uhren, darunter eine goldene Damen-Uhr, sowie eine Partie Kleidungsstücke ꝛc.
an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 21. October 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Reuter.

Bekanntmachung.

Die Beitragspflichtigen unserer Gemeinde, welche mit ihrer diesjährigen Steuer noch im Rückstande sind, werden hierdurch an Entrichtung derselben erinnert.

Leipzig, 24. October 1884.

Der Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Bekanntmachung.
Mittwoch, den 29. October 1884 von Vormittags 9 Uhr ab

und nach Befinden die folgenden Tage
sollen die zum Gustav Adolph Thierfelder'schen Creditwesen in Reudnitz gehörigen Maschinen- und Waarenvorräthe, als:
1 große Weichenschere mit 4 Messingbähnen, 1 Dampfmangelmaschine, 1 Gewindschneidemaschine, 1 Schleifstein mit Vorgelege, 1 Handdrehmaschine, 1 Fardenreibemaschine, 1 Zinkstanzlocher, 1 Prägemaschine mit Druckpumpe, 1 Blechrohrheizung für abgehenden Dampf, 1 Exhaustor,
sowie
450 Kilo schmiedeeiserne Schaalen zu Kniehagen von Schwarzblech, 129 Stück dergleichen Vordringe von gleichem Blech, 1 bedeutender Posten Schwarzblech und gemischtes Schwarzblechrohr, 12 Stück Regulatore zur Dampfheizung von Blech, 260 Stück Rohrschellen von Schwarzblech, 47 Stück T-Stücken Blechregister, 1 Aufthauapparat, 5 Stück emaillirte gußeiserne Badewannen mit Ständer, 1 Partie diverse Bandeisen, 3 Register zu Dampfheizungen, 2 Dampf- und 1 Badeofen, 2 Handwagen, 2 Hanfschläuche, 1 eiserner Geldschrank, 1 Copirpresse, verschiedenes Schmiede- und Klempnerhandwerkzeug, als: Schraubstöcke, Sperrhaken ꝛc., 1 Feldschmiede, 1 Blanschentrichter, zum Flanschenschneiden, 1 Richtplatte, 3 gußeiserne Hinnfassungen, 1 Blättrtisch mit Eisenplatte und Kasten, 1 Rohrleitung von Kupfer, 2 Stück Mangeltische, 1 Brückenwaage mit Gewichten, 1 Federwaage, 1 Badewanne von Zink mit Unterlag, 1 Ventilator, 3 Stück große Holzbottiche, 1 Zinkblechunterlage, circa 30 □Meter, 2 Stück Kupferrichtanken, 1 Schlauch- und 1 Leinenwinde, 25 Stück div. Maschinenriemen von Leder, 1 starker Gummischlauch, 1 Gaslampe mit Flaschenzug u. s. w.
in dem Grundstück

Kohlgartenstraße Nr. 11 in Reudnitz

meistbietend gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 22. October 1884.

Singer, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Die Reichstagswahl in Leipzig.
IV.

* Nachdem wir in den beiden letzten Artikeln den negativen Theil der Aufgabe der Wähler der verbündeten Ordnungsparteien in unserer Stadt erörtert haben, gelangen wir nunmehr zum positiven Theil dieser Aufgabe. Wir haben dargelegt, welchem Schaden und Spott Leipzig ausgesetzt sein würde, wenn es dem socialdemokratischen Bewerber gelänge, den Sieg an sich zu reißen, und haben weiter ausgeführt, daß es ebenso ein Ding der Unmöglichkeit ist, unsere Vertretung einem Deutsch-Freisinnigen anzuvertrauen. Die Frage: Wen wählen wir? kann danach nicht schwer zu entscheiden sein. Sie ist bereits gelöst, indem von einem großen Kreise hochgeachteter und einflußreicher Bürger, welche beiden in Leipzig hauptsächlich in Betracht kommenden staatserhaltenden Parteien, der nationalliberalen und der conservativen, angehören, unter allgemeiner lebhafter Zustimmung die Candidatur des Herrn Bürgermeister Dr. Tröndlin proclamirt worden ist.

Wir sind in neuerer Zeit in den Kundgebungen der politischen Gegner mehrfach dem Hinweise darauf begegnet, Leipzig solle wieder, wie früher, „liberal" wählen, es solle seinen Ruf einer „liberalen" Stadt von Neuem bewähren. Nun ist zwar unsere Stadt seit 1866, in welchem Jahre die neue politische Aera in Deutschland begann, stets liberal im Reichstag und im Landtag vertreten gewesen, die Gegner meinen jedenfalls aber eine andere Art von Liberalismus und haben wohl das Jahr 1848 im Auge, wo Leipzig einen Robert Blum i. das Frankfurter Parlament entsandte. Allen Respect vor den Freiheitskämpfern von damals; aber wir und wohl auch wir. Andere mit uns sind der Meinung, daß es besser ist, die 1848er Bewegung im Schooße der Vergangenheit ruhen zu lassen. Wir leben in einer ganz anderen Zeit, mit völlig anders gearteten Bedürfnissen, und mit dem überschäumenden Freiheitsdrange von 1848 könnte uns heute nicht viel gedient sein. Ganz gewaltige sociale Aufgaben harren dringend der Lösung und erfordern mit Entschiedenheit, daß mit weiser Mäßigung und kluger Besonnenheit daran gearbeitet wird, zugleich aber auch mit dem energischen Willen, die deutschen Regierungen im Kampfe gegen die drohend emporgestiegenen Mächte des Umsturzes und der Revolution mit voller Kraft zu unterstützen. Wir fassen die Candidatur Tröndlin als den entschiedenen Ausdruck des Willens unserer Bürgerschaft auf, dem Kaiser und den verbündeten Regierungen in diesem Kampfe und in ihrem Bestreben, die Lage der arbeitenden Classen zu verbessern und dadurch den Frieden zwischen den einzelnen Bevölkerungsclassen zu stärken, treu zur Seite zu stehen. Leipzig will keinen fanatischen Anhänger der socialdemokratischen Ideen nach Berlin entsenden, es will aber eben so wenig Etwas von einem deutschfreisinnigen Nörgler und principiellen Neinsager wissen, sondern es will vertreten sein durch einen Mann, der überzeugt ist, daß die politischen und socialwirthschaftlichen Anschauungen und Pläne unseres Kaisers und seines großen Kanzlers dem deutschen Vaterlande zum Nutzen gereichen, welcher sich von der Anschauung leiten läßt, daß jene Pläne auf ihren Inhalt zwar ernstlich geprüft werden müssen, daß ihnen aber nicht mit kaltem Partei-Egoismus, nicht mit der starren Eingebildung des Besserwissens und mit Geringschätzung begegnet werden darf. Vor uns liegt die denkwürdige kaiserliche Botschaft an den Reichstag vom 14. April 1883, ein Schriftstück, welches in der gegenwärtigen Wahlbewegung eine große Rolle spielt und von dem wir wohl sagen dürfen, daß sich ihm auch die Sympathie des Candidaten unserer Ordnungsparteien, Herrn Bürgermeister Dr. Tröndlin, in vollem Maße zuwendet und daß er, falls seine Wahl in den Reichstag geschieht, Alles thun wird, um im Sinne dieser kaiserlichen Botschaft thätig zu sein. Kaiser Wilhelm verkündete damals, nachdem er bereits in der bei Eröffnung des Reichstages am 17. November 1881 gehaltenen Thronrede die Ziele seiner Socialpolitik klar bezeichnet hatte, Folgendes vor aller Welt:

„Wir haben es jederzeit als eine der ersten von Uns als Kaiser übernommenen Pflichten erkannt, der Lage der arbeitenden Classen im ganzen Reiche dieselbe fürsorgende Pflege zuzuwenden, welche Wir in treuer Fortsetzung der von Unserem in Gott ruhenden Vater zu Anfang dieses Jahrhunderts begründeten Reformen zu bethätigen suchten. Wir haben diese Pflicht Uns besonders gegenwärtig gehalten seit Erlaß des Socialistengesetzes und schon damals Unsere Ueberzeugung kundgegeben, daß die Gesetzgebung sich nicht auf polizeiliche und strafrechtliche Maßregeln zur Unterdrückung und Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe beschränken darf, sondern suchen muß, zur Heilung oder doch zur Milderung der durch das Strafrecht bekämpften Uebel Reformen einzuführen, welche das Wohl der Arbeiter zu fördern, die Lage derselben zu bessern und zu sichern geeignet sind. Wir haben dieser Ueberzeugung insbesondere in Unserer Botschaft vom 17. November 1881 Ausdruck gegeben und Uns gefreut, als einen ersten Erfolg Unserer Sorge für Bestrebungen in dieser Richtung in Unserem Königreiche Preußen wenigstens die beiden ersten Stufen der Classensteuerpflichtigen von dieser Abgabe an den Staat befreien zu können.

Dankbar für die einmüthige Unterstützung Unserer hohen Verbündeten, dankbar für die hingebende Arbeit Unserer Behörden, sehen Wir auch auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung den Anfang des Reformwerks so weit gediehen, daß dem Reichstage bei Beginn der jetzigen Session der Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle in neuer, mit Rücksicht auf die früheren Verhandlungen umgearbeiteter Fassung vorgelegt und ergänzt werden konnte durch einen Gesetzentwurf zur Organisation des gewerblichen Kranken-Cassenwesens. Seitdem haben Wir, den Verhandlungen des Reichstages über diese Vorlage mit besonderer Aufmerksamkeit folgend und zu jeder möglichen Erleichterung derselben gern die Hand bietend, an dem Wunsche wie an der Hoffnung festgehalten, daß diese Session des Reichstages nicht zu Ende gehen möge, ohne daß jene Vorlage in einer ihrem Zwecke entsprechenden, ihre Ziele sichernden und ihre Sanction als Gesetz ermöglichende Gestalt zur Annahme gelangt. Wir haben auch mit Anerkennung und Befriedigung gesehen, wie die ernste Arbeit, welche der Berathung des Krankencassengesetzes gewidmet worden ist, diesen Theil der Gesammtaufgabe bereits so weit gefördert hat, daß die Erfüllung Unserer Erwartung kaum mehr zweifelhaft erscheint. Mit Sorge aber erfüllt Uns, daß die principiell wichtige Vorlage der Unfallversicherung bisher nicht weiter gefördert worden ist und daher auf baldige Durchberathung nicht mit gleicher Sicherheit gerechnet werden kann. Bliebe diese Vorlage jetzt unerledigt, so würde auch die Hoffnung, daß in der nächsten Session weitere Vorlagen in Bezug auf die Alters- und Invalidenversorgung zum gesetzlichen Abschluß gebracht werden könnten, völlig schwinden, wenn die Berathung des Reichshaushaltsetats für 1884—1885 während der Wintersession auch noch Zeit und Kraft des Reichstags in Anspruch nehmen würde.

Wir haben es deshalb für geboten erachtet, die Zustimmung der verbündeten Regierungen dahin zu beantragen, daß der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1884—1885 dem Reichstag jetzt von Neuem zur Beschlußnahme vorgelegt werde. Denn wenn die Vorlage über die Unfallversicherung, wie nach dem Stand der Bearbeitung zu befürchten steht, in der laufenden Frühjahrssession vom Reichstag nicht mehr berathen und festgestellt werden könnte, so würde durch die vorgängige Berathung des nächstjährigen Etats wenigstens für die Wintersession diejenige Freiheit von unaufschiebbaren Geschäften gewonnen werden, welche erforderlich ist, um wirksame Reformen auf socialpolitischem Gebiet herbeizuführen. Die dazu erforderliche Zeit ist eine lange für die Empfindungen, mit welchen Wir in Unserem Lebensalter auf die Größe der Aufgaben blicken, welche zu lösen sind, ehe die in Unserer Botschaft vom 17. November 1881 ausgesprochenen Intentionen praktische Bethätigung auch nur soweit erlangt haben, daß sie bei den Betheiligten volles Verständniß und in Folge dessen auch volles Vertrauen finden. Unsere kaiserliche Pflicht gebietet Uns aber, kein in Unserer Macht stehendes Mittel zu versäumen, um eine Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsclassen unter einander zu fördern, so lange Gott Uns die Kraft dazu giebt. Darum wollen Wir dem Reichstag durch diese Unsere Botschaft in erneuter und vertrauensvoller Anspannung seines bewährten treuen Sinnes für Kaiser und Reich die baldige Erledigung der wichtigen bezeichneten Vorlagen ans Herz legen." —

Wenn am 28. October, woran wir gar nicht zweifeln, der Name des Herrn Bürgermeisters Dr. Tröndlin als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgehen wird, dann kann die Stadt Leipzig sicher sein, daß sie im nächsten Reichstag durch einen gemäßigt liberalen Mann im Sinne der vorstehenden kaiserlichen Botschaft vertreten sein wird. Weil dem so ist, so hat sich auch die conservative Partei, unter Verzicht auf ihr Recht, der Aufstellung eines eigenen Parteicandidaten mit dankenswerther Bereitwilligkeit der Candidatur Tröndlin angeschlossen und so werden denn die verbündeten Nationalliberalen und Conservativen am Wahltage Schulter an Schulter zur Erreichung einer Wahl kämpfen, die dem Vaterlande zum Segen und unserer Stadt zur Ehre gereicht.

Leipzig, 24. October 1884.

* Die Aufstellung eines nationalliberalen Candidaten (Amtsrichter Kulemann) im Wahlkreise Braunschweig-Blankenburg gegenüber dem bisherigen Abgeordneten Eisenbahndirector Schrader hat dessen Anhängern Veranlassung zu einer Beschuldigung gegen die nationalliberale Partei gegeben, die in der Behauptung eines Wortbruchs gipfelt. Die Beschuldigung ist völlig wahrheitswidrig und beruht auf einer sophistischen Verdrehung der Thatsachen. Der Centralausschuß der nationalliberalen Partei hatte es im Frühjahr auf Anregung des Abg. Schrader als zweckmäßig anerkannt, den Besitzstand der Wahlkreise im Herzogthum Braunschweig: (Schrader im ersten Wahlkreise Braunschweig-Blankenburg; Senator Römer im zweiten Wolfenbüttel-Helmstedt und Stadtrath Dr. Weber im dritten Holzminden-Gandersheim) aufrecht zu erhalten, und es waren beiderseits Zusagen ergangen, sich entgegengesetzter Schritte zu enthalten; Zusagen, welche selbstverständlich nur die Betheiligten binden konnten. Im ersten Wahlkreise, wo in Folge der Niederlage der nationalliberalen Partei bei der Wahl Schrader's, der den nationalliberalen Candidaten Schöttler in einer Stichwahl durch die Hülfe der socialdemokratischen Stimmen verdrängt hatte, die Organisation der nationalliberalen Partei zerfallen war, hatten sich die Parteigenossen inzwischen wieder gesammelt, und beabsichtigt einen eigenen Candidaten aufzustellen. Der Centralausschuß lehnte auf die an ihn ergangene und gelegentlich des Parteitages im Mai dringend wiederholte Anfrage jede Mitwirkung hierzu mit Berufung auf die gegebene Zusage ab; und hat seitdem in keiner Weise weder durch Rath noch That das Vorgehen der durch Bildung eines Vereins sich organisirenden Parteigenossen unterstützt, ist aber begreiflicher Weise ebenso wenig im Stande gewesen, etwa durch ein dictatorisches Auftreten in deren selbstständige Bewegung einzugreifen. Daß die Zusage eines passiven Verhaltens des Ausschusses nicht zusammengeworfen werden darf mit dem von den Parteigenossen in Braunschweig-Blankenburg beschlossenen Vorgehen, bedarf keiner weiteren Ausführung. Nachdem vor Kurzem seitens der Deutschfreisinnigen im dritten Wahlkreise dem nationalliberalen Dr. Weber ein Candidat jener Partei, wohl nicht ohne Kenntniß und Billigung des Abgeordneten Schrader und der Parteileitung im Allgemeinen, gegenübergestellt ist, würde der Centralausschuß der nationalliberalen Partei auch der Zusage seines passiven Verhaltens entbunden sein, wenn anders bei der Nähe des Wahltermins ein thätiges Eingreifen noch angezeigt erscheinen könnte. Vielleicht ist solches bei einer eventuellen Stichwahl möglich, augenblicklich kann der Centralausschuß der nationalliberalen Partei den aufgestellten Candidaten Herrn Amtsrichter Kulemann nach dessen ihm bekannt gewordenen Programmreden nur mit Freuden als einen in der Partei stehenden Genossen begrüßen.

* Zur Frage der Stellung der deutschfreisinnigen Partei zur Verlängerung des Socialistengesetzes wird der „Post" aus dem Kreise Westpriegnitz mitgetheilt, daß in einer von der deutschfreisinnigen Partei einberufenen Wahlversammlung in Lenzen der deutschfreisinnige Candidat Herr Tesmer eine bindende Erklärung darüber, ob er beim Ausgange der laufenden Frist für Aufhebung des Socialistengesetzes stimmen werde, abgelehnt hat. Als ihm darauf von conservativer Seite die Aeußerung des Abg. Ludwig Löwe vorgehalten wurde: „Jeder, der jetzt noch für das Socialistengesetz eintrete, habe aufgehört, Mitglied der deutschfreisinnigen Partei zu sein", erklärte der anwesende Herr Stadtrath Zelle, er gehöre selbst mit zum Wahlvorstande der deutschfreisinnigen Partei in Berlin, es sei ihm aber nichts davon bekannt, daß die Anhänger der Verlängerung des Socialistengesetzes als aus der Partei ausgeschieden betrachtet würden, jene Aeußerung des Abg. Ludwig Löwe sei in keiner Weise für die Partei der Deutschfreisinnigen maßgebend.

* Ueber die Ziele der Reichspolitik verbreitet sich eine officiöse Correspondenz aus Berlin in folgender Weise:

Friede nach außen, Vertrauen im Innern zwischen dem Reich und seinen Gliedern, zwischen Regierung und Volksvertretung ist das charakteristische Merkmal der erfolgreichen Bismarck'schen Politik. Sie beruht nach außen auf der Macht, den friedlichen Willen auch durchzusetzen, im Innern auf der unverbrüchlichen Achtung vor der Verfassung und ihren vertragsmäßigen Grundlagen. Die Deutschfreisinnigen dagegen sind mit der Forderung verantwortlicher Ministerien Zwietracht zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, zwischen Regierung und Volksvertretung und erschüttern mit der Forderung einer Herabsetzung der Präsenzstärke und der Dienstzeit das in der deutschen Heereskraft ruhende Fundament des europäischen Friedens.

Vermehrung der Gelegenheit zu lohnender Arbeit für alle Schichten der Bevölkerung ist das Ziel der Wirthschaftspolitik des Reiches; sie strebt nicht nur, durch den Schutz der nationalen Arbeit innerhalb mäßiger Zölle den deutschen Gewerbefleiß und Landbau dem heimischen Markt zu sichern, sondern durch eine kräftige überseeische Politik neue lohnende Absatzquellen zu erschließen.

Die Deutschfreisinnigen wollen die heimische Industrie und Landwirthschaft selbst im eigenen Lande schutzlos der Concurrenz des Auslandes preisgeben und haben für die Colonialpolitik, wie für Dampfersubventionen nur Worte, nie aber thatkräftige Unterstützung.

Die Beseitigung oder wenigstens Linderung der Folgen der Erwerbsunfähigkeit in Folge von Krankheit, Unfällen, Alter und Invalidität ist das Ziel der Socialpolitik des Reichs; die Fürsorge für die Arbeiter auf diesem Gebiete ist von ihr grundsätzlich als eine öffentliche im Interesse des Gesammtwohls zu erfüllende Pflicht anerkannt und ihre Verwirklichung mit dem Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetz energisch in Angriff genommen.

Die Deutschfreisinnigen haben im Interesse des Dividendenbezugs der Actien-Versicherungsgesellschaften und der doctrinären Abneigung gegen das Eingreifen des Staates sich allen von allen Parteien jener Maßregel auf diesem Gebiete widersetzt und den Arbeitern statt Brod stets nur Steine geboten.

Erleichterung von Communal- und Schullasten im Interesse der Minderbegüterten durch weitere Ausbildung mindestens direkter Reichssteuern ist das Ziel der Steuerreform des Reichs; die Deutschfreisinnigen wollen aber selbst nicht durch Bewilligung einer höheren Börsensteuer zur Entlastung von solchen directen Abgaben die Hand bieten.

Alle Kräfte der Nation zur gedeihlichen Entwickelung ihres Erwerbslebens, zur Besserung der Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung, zur Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes in Stadt und Land zu sammeln, ist das Ziel der Reichsregierung; unheilvollen Kampf zwischen allen Theilen durch die Forderung der Aenderung der Reichsverfassung heraufzubeschwören, die Kräfte der Nation in unfruchtbaren Verfassungsstreitigkeiten zu vergeuden und selbst die Wehrkraft, die Sicherheit des Landes und seinen Frieden herausgegriffen Wahlgründen zu opfern, die nothwendige Folge der Bestrebungen der Deutschfreisinnigen. Für den, der es gut mit dem Volke meint, kann fürwahr am 28. d. die Wahl nicht schwer sein.

* Die „Berliner Politischen Nachrichten" schreiben officiös vom Mittwoch:

Der Bundesrath hält morgen wieder eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung befinden sich u. A. die Dampfersubventions-Vorlage und die Gesetzentwürfe, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Transportgewerbe und sonstige gewerbliche Anlagen, sowie auf die Land- und Forstwirthschaft. Es sind zwei getrennte Gesetzentwürfe, durch welche die Unfallversicherung abgeschlossen werden soll. Die Vorlagen, die wir hier genannt, werden morgen eingebracht werden und kaum zur Verhandlung kommen, sondern voraussichtlich den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen werden. Inzwischen dürften diese Gesetzentwürfe auch dem Staatsrathe vorgelegt werden, dessen Votum zu für die Abstimmung Preußens im Bundesrathe maßgebend sein soll.

Wohl mit Rücksicht auf die zur Zeit noch schwebenden Verhandlungen mit England wegen Angra Pequena ist bei der Dampfersubventions-Vorlage vom Mai d. J. der handelspolitische, mit der gesammten überseeischen Politik zusammenhängende Charakter derselben nicht in vollem Umfange in der Vorlage sowohl, wie in der Begründung zur Geltung gelangt, der Schwerpunct mußte speciell auf die postalische Seite der Sache gelegt werden. Die Gründe, welche für diese im Interesse der Sache nicht eben erwünschte Behandlung maßgebend waren, sind inzwischen bekanntlich fortgefallen. Die nun dem Bundesrath zu unterbreitende Vorlage dürfte in der von dem Kaiser genehmigter Form daher wesentlich das handelspolitische und nationalwirthschaftliche Moment betonen, das postalische in die zweite Linie zurücktreten lassen.

Man darf demzufolge auch annehmen, daß bei der neuen Vorlage die Aufbringung der Kosten nicht auf die dem Reichspostgebiete angeschlossenen Bundesstaaten beschränkt bleiben, sondern die Heranziehung aller Theile des Reichs in Aussicht genommen werden wird.

Im Uebrigen bestätigen sich jene auf weitergehende Forderungen und demzufolge auf Erhöhung der Subvention gerichteten Angaben der Oppositionsblätter wohl nicht. Nur insoweit durch die Erwerbungen in Westafrika die Ausdehnung des Rahmens der Vorlage auf Linien, welche diese Gebiete berühren, als nothwendig sich erwiesen hat, ist eine Erweiterung des gesetzgeberischen Planes und damit eine entsprechende Erhöhung der Subvention um jährlich 1—1½ Million Mark in Aussicht genommen.

Die Begründung wird erheblich reichhaltigeres Material enthalten, als die der letzten Vorlage; wie stark in den weitesten Kreisen der Bevölkerung das Interesse für dieselbe ist, beweisen die ungemein zahlreichen aus den Kreisen der Interessenten dem Reichsamt des Innern zugegangenen Mittheilungen, Gutachten und Petitionen, durch welche das anliegende amtliche Material in der weitgehendsten Weise ergänzt ist.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt officiös:

Der polnischen Presse das Unwahre ihrer Mittheilungen auf dem Gebiet der Schule vorzuhalten, ist eine undankbare Aufgabe, weil die polnische Presse für die Wahrheit blind sein will.

Allyn dreist aber ist es doch, wenn der „Dziennik Poznanski" sich in seiner Nr. 228 vom 3. October d. J. den Anschein giebt, genau über das unterrichtet zu sein, was der Geheime Regierungsrath Dr. Elser über die Revision von Schulen in der Provinz Posen dem Herrn Cultusminister berichtet habe.

Wir wissen recht gut, wozu diese Erfindung dienen soll. Es handelt sich um das alte, so oft zurückgewiesene Manöver, den Herrn Minister in einen Gegensatz zu den Maßnahmen der Provinzialbehörden zu stellen und dadurch die Autorität der letzteren in den Augen der Bevölkerung zu erschüttern.

Um dieses Zweckes willen aber dürfen wir uns der Pflicht nicht entziehen, zu constatiren, daß der Artikel des „Dziennik Poznanski" durchweg nur willkürliche, aus der Luft gegriffene Behauptungen enthält.

* Prinz Heinrich ist gerade drei Jahre Lieutenant z. S. bezw. Premierlieutenant gewesen, da er 1881, ebenfalls am Geburtstage des Kronprinzen, in diese Charge avancirte. Prinz Wilhelm hat die Premierlieutenants-Charge erst in 4 Jahren abgedient, war aber nur 7 Jahre Secondelieutenant, während Prinz Heinrich 9 Jahre diese Stellung inne hatte. Im Vergleich zu früheren Zeiten avanciren die Prinzen des königlichen Hauses in Preußen jetzt sehr langsam. Prinz Heinrich ist über 22 Jahre alt und Prinz Wilhelm, der die Majorscharge bekleidet, wird im Januar 26 Jahr. Ihr Vater, der Kronprinz, wurde im 24. Jahre bereits Oberst und im 26. Brigadecommandeur. Prinz Karl war mit 22½ Jahren und unser Kaiser schon mit 21 Jahren General. Im Alter von 28 Jahren commandirte Kaiser Wilhelm bereits ein Armeecorps. Die Beförderung des Prinzen Wilhelm zum Obersten (die Oberstlieutenantscharge überspringen die Prinzen des königlichen Hauses) dürfte in nächster Zeit, spätestens im Frühjahr, erfolgen. Prinz Wilhelm ist bereits über 3 Jahre Major, während der Kronprinz nur 2 und Prinz Albrecht nur 1½ Jahre in dieser Charge waren.

* * *

* Aus Eger, 22. October, schreibt man uns: „Der hiesige Gemeindeausschuß hat nach den wichtigen Verhandlungen im böhmischen Landtage über die nationale Aussöhnung sprachlich gemischter Bezirke eine außerordentliche Sitzung einberufen und in derselben folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Gemeindeausschuß der Stadt Eger, in vollster Uebereinstimmung mit den Bestrebungen der deutschen Abgeordneten, begrüßt die Anträge auf Theilung des Landesschulrathes in Sectionen und die nationale Aussöhnung sprachlich gemischter Bezirke als geeignet zur Herstellung des nationalen Friedens im Lande, spricht den Abgeordneten Bareuther, Plener und Herbst für die mannhafte Vertretung derselben im Landtage den Dank und das vollste Vertrauen aus und knüpft daran die zuversichtlichste Erwartung, daß Ausdauer und Einigkeit der deutschen Sache schließlich zum Siege verhelfen werden." Dieser Beschluß wurde den drei genannten Abgeordneten telegraphisch übermittelt."

* In der Agramer Landstube, wo jetzt ein neugewählter Landtag tagt, geht es noch wie vor recht lebhaft zu. Die Starčevićianer, d. h. die von den Gebrüdern Starčevićitsch geführten nationalen Ultras, welche für die Lostrennung Croatiens von Ungarn und am letzten Ende für die Wiedererrichtung des mittelalterlichen